NORDAMERIKA 23.10.2020 | Jeff Spross

Das Elite-Problem

Die Basis der US-Demokraten besteht zunehmend aus College-Absolventen. Als Anwältin der Arbeiterschaft fällt die Partei immer mehr aus.

Schon vor Beginn der Coronakrise litten Colleges und Universitäten unter den Budgetkürzungen der vergangenen Jahrzehnte. Im Jahr 1992 machten die Studiengebühren für die öffentlichen Hochschulen drei Zehntel ihrer Einnahmen aus, heute liegt der Anteil bei mehr als der Hälfte. Um sich höhere Bildung leisten zu können, mussten viele Familien Studiendarlehen aufnehmen, die sich mittlerweile auf unglaubliche 1,6 Billionen Dollar summieren und Millionen von Menschen die Zukunft verbauen. Durch die Pandemie hat sich diese langjährige Krise in eine existenzielle Gefahr für die finanzielle Zukunft der Hochschulbildung ausgewachsen, die eine Regierung Joe Biden – sollte sie an die Macht kommen – umgehend anpacken muss. Doch hinter dieser Bedrohung verbirgt sich eine noch tiefere, viel bedenklichere Problematik.

Nachdem sich die Demokratische Partei Mitte des letzten Jahrhunderts noch auf die Stimmen der Arbeiterklasse verlassen konnte, hat sich ihre Wählerschaft seither dramatisch in Richtung der Gebildeten verschoben. Vor allem unter Trump vergrößerte sich die Kluft zwischen Weißen mit und ohne Collegeabschluss. Anhand dieses Merkmals hätten sich die Ergebnisse 2016 sogar besser vorhersagen lassen als mit jeder anderen Variablen einschließlich Geschlecht und Hautfarbe.

Historisch gesehen gibt die Linke den zu kurz Gekommenen eine Heimat – Minderheiten, Marginalisierten, Armen und Arbeitern – und ist Gegenspieler der High Society mit ihrer Selbstgerechtigkeit und ihren überzogenen Ansprüchen. Doch da die Hochschulbildung einerseits zunehmend die kulturelle Basis der Linken darstellt und gleichzeitig Zugang zur Elite eröffnet, laufen weite Teile der Linken Gefahr, von der High Society *geschluckt* zu werden. Was die Frage aufwirft: Sollte die Linke die Hochschulbildung überhaupt retten?

Vor allem unter Trump

Es ist keine umwerfend neue Erkenntnis, dass man als Progressiver heutzutage alle möglichen

vergrößerte sich die Kluft zwischen Weißen mit und ohne Collegeabschluss.

sprachlichen Verrenkungen und abstrakten Ideen beherrschen sollte, die weitgehend in einem Studium vermittelt werden. Als Barbara Ehrenreich ihre einflussreiche Untersuchung der *professional-managerial class*, also der akademisch ausgebildeten Fachkräfte zwischen Arbeiterklasse und vermögenden Eliten, vorlegte, hatte sie sich vor allem von der kulturellen Abscheu der Gebildeten inspirieren lassen, die sich, so ihre Erfahrung, *innerhalb* des linken Spektrums gegen Gleichgesinnte ohne Collegeabschluss richtet.

Ungeachtet von Toleranz und Inklusion, die in der Linken angeblich den Ton angeben, können folgenreiche blinde Flecken entstehen. Wenn man fragt, warum sich bestimmte Regionen des Landes (meist ländlich mit überwiegend weißen Menschen ohne Hochschulabschluss) wirtschaftlich im freien Fall befinden und andere Gebiete (städtisch, linksliberal mit hohem Bildungsgrad) den Großteil des Wohlstands im Lande erwirtschaften, führen viele Progressive und Demokraten als Grund für die regionale Ungleichheit nicht die kapitalistische Ausbeutung oder die Konzentration der Unternehmensmacht an. Vielmehr machen sie die reaktionäre Rückständigkeit in den abgehängten Regionen verantwortlich: wissenschaftsfeindliche Frömmigkeit, starres Festhalten an Traditionen, weißen Chauvinismus, Migrations- und Fremdenfeindlichkeit.

Wie Konservative vor ihnen betrachten viele Progressive wirtschaftlichen Erfolg mittlerweile als eine natürliche Folge einer guten moralischen Hygiene. Und die Hochschulbildung vermittelt der Oberschicht in sozialen Fragen zwar oft eine progressive Einstellung, in wirtschaftlicher Sicht aber propagiert sie eine Art hirntoten „Ökonomismus 101“, dem zufolge die Märkte alles regeln, das Einkommen eines Menschen stets aus seiner Grenzproduktivität resultiert, öffentliche Investitionen grundsätzlich mit Stümperei und Verschwendung gleichzusetzen sind und ein „freierer“ globaler Handel immer etwas Positives ist. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass die Reagan-Revolution und die neoliberale Neuausrichtung der Demokraten zeitlich mit dem Aufstieg der Bevölkerungsgruppe der Collegeabsolventen zusammenfiel.

Die Konservativen betrachten unterdessen Colleges und Universitäten mit wachsender Skepsis und Animosität, wenn sie nicht gar ihre Zerstörung betreiben. Sie genießen selbstredend die unerwartete Rolle der Kämpfer für die (weiße, reaktionäre) Arbeiterklasse. Doch im neuen Post-Trump-Skript „populistischer“ Republikaner sucht man vergeblich

nach einem Plan für eine Rückgabe der Macht an die Arbeiterklasse. Wenn Konservative beklagen, dass der Collegeabschluss mittlerweile eine Vorbedingung für eine gute stabile Beschäftigung ist, so verharrt ihre Kritik auf kultureller Ebene und stärkt lediglich das Feindbild der versnobten Pädagogin und des linksliberalen Bürokraten. In der wirtschaftlichen Praxis arbeiten Konservative unerbittlich auf eine Plutokratie hin, und die Republikanische Partei übertüncht nur deshalb ihre harten Positionen mit politischen Zielen, die weite Teile der Arbeiterklasse akzeptieren können, damit sie noch landesweite Wahlen gewinnen kann.

Die Rechte hat im letzten halben Jahrhundert aktiv die Zerstörung der Institutionen betrieben, die der Arbeiterklasse in den USA politischen und wirtschaftlichen Einfluss verschaffen.

Die Rechte hat im letzten halben Jahrhundert aktiv die Zerstörung der Institutionen betrieben, die der Arbeiterklasse in den USA politischen und wirtschaftlichen Einfluss verschaffen. Eine erbitterte Sparpolitik, Schwächung der Gewerkschaften, eine völlig auf Inflation fixierte Geldpolitik, unternehmensfreundliche Regulierung, das Ankurbeln eines aufgeblähten Finanzsektors, Behinderung von Kartellrechtsregeln und die volle Konzentration auf den globalen „Freihandel“: All das hat dazu beigetragen, dass Arbeiter und Arbeiterinnen um die chronisch unzureichenden Jobs konkurrieren müssen, die darüber hinaus oft von schlechter Qualität und gering bezahlt sind.

Die US-Unternehmer, die grenzenlosen Druck ausüben können, um ihre Beschäftigungsbedingungen durchzusetzen, wurden in irrationaler, launenhafter und maßloser Weise wählerisch. Das äußerte sich darin, dass sie für jede Art von Beschäftigung einen Collegeabschluss forderten. Jeder Job erfordert ein gewisses Lernquantum, und wenn „Qualifikationen“ vorausgesetzt werden, so verbirgt sich dahinter der Kampf darum, wer die Zeit, das Geld und das Engagement dafür aufbringen muss: der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer? Die Behauptung, dass Hochschulbildung die von den Arbeitgebern geforderten „Qualifikationen“ vermittle, ist eine von dieser Dynamik erzeugte Illusion.

Als zwischen 2000 bis 2015 die Kluft zwischen den Einkommen von Menschen mit und ohne Collegebildung wuchs, lag das einfach nur daran, dass die Einkommen für Beschäftigte mit Collegeabschluss langsamer sanken. Aus diesem Grund hat die Ungleichheit *innerhalb* der Bildungsgruppen viel dramatischer zugenommen als die Ungleichheit

zwischen den Gruppen, und deshalb gab es für die Hälfte aller Beschäftigten mit Collegeabschluss in den letzten 20 Jahren auch keine Einkommenssteigerungen. Wenn die Arbeitskräfte knapp werden und die Arbeitgeber Mühe haben, billige Arbeitskräfte zu finden, sinkt daher auch die Nachfrage nach den „Qualifikationen", die eine Hochschulbildung angeblich vermittelt. Als der Arbeitsmarkt ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise 2008 endlich wieder anzog, stiegen die Einkommen von Beschäftigten ohne Highschool-Abschluss kurzzeitig sogar schneller als die von Hochschulabsolventen.

Die Ungleichheit und die umfangreichen Raubzüge der Ultrareichen und Eliten haben die US-Gesellschaft wirtschaftlich in ein untergehendes Schiff verwandelt: Ein Collegeabschluss verbessert lediglich die Chancen, zum aufragenden Bugende des havarierten Dampfers zu gelangen. Ein „Marktgleichgewicht" wird sich für Beschäftigte mit Hochschulabschluss nie einstellen, weil der Markt gar keine bestimmte Menge an Bildung *braucht.* Für jeden einzelnen Menschen geht es schlicht nur darum, mehr Bildung zu haben als die Mitkonkurrenten und so die Lotterie um die knapp bemessenen guten Jobs zu gewinnen. So entstand in der US-Gesellschaft das vermeintliche Allheilmittel, alle auf den Weg eines Collegeabschlusses zu schicken, und daraus entwickelte sich die unablässig wachsende Krise um Studienabbrecher und Darlehensschulden.

Ein Collegeabschluss verbessert lediglich die Chancen, zum aufragenden Bugende des havarierten Dampfers zu gelangen.

Der ehrgeizige Flügel der Demokratischen Partei möchte die Schulden fürs Studium teilweise oder ganz erlassen und ein akademisches Studium frei und universell verfügbar machen wie den Besuch der Highschool, nach dem Motto: Wenn sich Bildung schon in ein Wettrüsten verwandelt hat, sollten wir den bereits entstandenen finanziellen Schaden zumindest wiedergutmachen und den jungen Leuten ermöglichen, dass sie die entsprechenden Abschlüsse einfach und preisgünstig erlangen können. Aber auch in diesem Fall wird die Gesellschaft extrem ungleich bleiben und es werden viel zu wenig gute Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Das Gegenargument aus der Parteilinken, dass das kostenfreie College für alle ein Geschenk an die Wohlhabenden sei, schießt aber über das Ziel hinaus: Danach müssten alle öffentlichen Dienstleistungen jeglicher Art auf den Prüfstand. Das eigentliche Problem liegt darin, dass die

Forderung nach einem College für alle im besten Fall an der Sache vorbeigeht. Im schlimmsten Fall stützt sie die falsche Logik, mit der die Oberschicht das Problem der Unterschicht „beheben“ will, indem sie auf mangelnde Qualifikation und das Allheilmittel Bildung verweist.

Die wahre Lösung für das Wettrüsten hat mit Bildungspolitik gar nichts zu tun: Ziel muss es sein, die Machtverschiebungen und die politischen Veränderungen der letzten 40 Jahre rückgängig zu machen. Das heißt, die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung müssen wieder aufgebaut, die Steuer- und Geldpolitik auf echte Vollbeschäftigung statt auf einen abstrakten „ausgeglichenen Haushalt“ ausgerichtet, die niedrigsten Löhne angehoben, Ungleichheit bekämpft und eine arbeitnehmerfreundliche Regulierung wieder eingeführt werden, vom Mindestlohn bis zum Kartellrecht.

Ziel muss es sein, die Machtverschiebungen und die politischen Veränderungen der letzten 40 Jahre rückgängig zu machen.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass eine Regierung Biden und ein von den Demokraten beherrschter Kongress all dies umsetzen werden. Die jüngsten Vorwahlen der Demokraten waren eine klare Order an den radikalen Parteiflügel: „Setzen und Klappe halten.“ Allerdings kommt von Seite der Demokraten noch eher Abhilfe als von den Republikanern. Eine breite Bewegung, die eine Reform unseres Halsabschneidersystems einfordert, könnte die Demokraten zum Handeln veranlassen.

Nun, da sich die Darlehensschulden der Studierenden zu einer gigantischen Krise ausgewachsen haben und immer mehr Menschen mit Collegeabschluss nichts anderes übrig bleibt, als schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, wenden sich auch mehr Hochschulabsolventen wirtschaftlich radikaleren Ansichten zu und sind daher zugänglicher für eine arbeitnehmerfreundliche Reform der US-Gesellschaft. Um diese zuwege zu bringen, bräuchte es allerdings eine Massenbewegung der Ausgebeuteten jeden Bildungsstands, die von unten nach oben Druck ausübt. Derzeit besteht die Gefahr, dass die durch die Ausweitung der Hochschulbildung entstandene kulturelle Spaltung Solidarität unter den Beschäftigten geradezu unmöglich macht.

In einem wirklich demokratischen und egalitären Amerika wäre akademische Bildung überflüssig: Auch wenn sie allen zugänglich wäre, hätten die meisten Menschen sie schlichtweg nicht nötig, und sie diente nur auf wenigen spezifischen Tätigkeitsfeldern als berufliche Qualifikation. Die progressive linke Politik müsste dann eine völlig andere Machtbasis aufbauen. Das würde sich auf die Linke durchaus

positiv auswirken, von der Chance auf eine breitere Verteilung des Wohlstands einmal ganz zu schweigen. Aber wie so oft im Leben streben wir nicht unbedingt an, was gut für uns ist. Die Frage, *warum* die Hochschulbildung gerettet werden sollte – oder vielleicht genauer, *zu welchem Zweck* – bleibt daher unbeantwortet.

Die Originalversion des Artikels erschien in The American Prospect.

Aus dem Englischen von Anne Emmert



Jeff Spross

Jeff Spross ist Journalist und schreibt für *The American Prospect*. Zuvor war er Wirtschaftskorrespondent für die Zeitschrift *The Week*.